

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Gampelerinnen, liebe Gampeler,
Liebe Jungbürgerinnen, liebe Jungbürger,
Liebe Festgemeinde

Es ist für mich eine grosse Ehre an Ihrer Bundesfeier eine Rede zu halten. Der erste August lädt uns immer wieder ein, die Schweiz und **unsere Traditionen** zu feiern. Aber auch über unser **Verhältnis zur Heimat** nachzudenken.

Heimat ist ein allgegenwärtiges Thema, das uns so oft im Alltag begegnet: Im Kino werden Heimatfilme über Heidi und Schellenursli gezeigt und im Mc Donald's gibt es die Heimatwochen mit Raclette-Burger.

Doch Heimat ist viel mehr als Heidi und Raclette.

Heimat ist dort, wo meine Freunde und meine Familie sind.
Heimat ist dort, wo ich mich so wohl fühle, wie nirgendwo anders.
Heimat ist dort, wo ich mich sicher fühle.
So geht es uns wohl allen.

Doch was ist, wenn man sich in der Heimat nicht mehr wohl fühlen kann? Und man dort nicht mehr sicher ist?
Dann wird man zu einer Flucht gezwungen und lässt die Heimat zurück. Was dies für einen Menschen bedeutet, kann ich nur erahnen. Die Heimat kann man nicht einfach tauschen, doch man kann versuchen, eine neue Heimat aufzubauen.

Viele Geflüchtete stehen vor dieser Situation bei uns in der Schweiz. Und wir können versuchen, beizutragen, dass Sie entweder hier eine neue Heimat finden. Oder – was noch viel wünschenswerter wäre: dass ihre alte Heimat wieder ein Ort wird, wo sie sich sicher und wohl fühlen können.

Den Geflüchteten und den Opfern von Krieg und Gewalt zu helfen, gehört zur **humanitären Tradition der Schweiz**. Dies ist eine der Traditionen, die ich an diesem 1. August mit Ihnen feiern möchte.

Dabei geht es nicht nur um die Flüchtlingssituation: Ich bin nämlich stolz darauf, dass sich die Schweiz auf der internationalen Bühne immer wieder für humanitäre Werte eingesetzt hat. Und die Schweiz prägte auch das humanitäre Völkerrecht wesentlich.

So steht in der Genfer Konvention auch der Ausspruch: Par Hommage pour la Suisse – in Erinnerung an die Schweiz und ihre humanitäre Tradition. Darauf bin ich stolz und möchte nicht nur heute daran denken.

Wir werden nämlich schon bald über eine Initiative abstimmen, welche den Vortritt des Landesrechts vor dem Völkerrecht verlangt.

In diesem Zusammenhang betone ich gerne nochmals, dass die Schweiz das Völkerrecht massgeblich mitgeprägt hat. Dies auch aus ureigenem Interesse, weil völkerrechtliche Grundlagen besonders uns, als kleiner Staat, schützen. Und viele völkerrechtliche Elemente – wie die Menschenrechte – haben wir in unsere eigene Verfassung aufgenommen.

Und dies führt mich zur zweiten Tradition, auf die ich stolz bin. Die zweite Tradition, die ich heute mit Ihnen ebenfalls feiern möchte: **Das politische System der Schweiz.**

Es ist vielleicht nicht sehr populär, die Demokratie zu feiern, weil aktuell viele Leute behaupten, sie stecke in einer Krise.

In den USA wurde letztes Jahr jemand gewählt, der das politische System und die politische Kultur in Frage gestellt hat. In Frankreich ist zum ersten Mal ein Präsident gewählt worden, der nicht Mitglied einer der zwei grossen Parteien ist. Er verspricht eine grosse Umstrukturierung des politischen Systems. Und in England wurde nach dem überraschenden Brexit die verantwortliche Premierministerin für die geplante wortgetreue Umsetzung bei den Wahlen abgestraft.

Diese Entwicklungen verleiten viele Polit-KommentatorInnen zur Feststellung, dass die Demokratie in einer Krise stecke. Doch stimmt das wirklich? Sind diese Entwicklungen nicht viel mehr ein Zeichen dafür, dass die Demokratie eben gerade funktioniert? In all diesen Ländern gab es eine grosse Distanz zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der etablierten Politik.

Und es wurde deshalb bei den Wahlen ein Zeichen gesetzt. Ich finde definitiv nicht, dass dies überall der richtige Entscheid war. Aber es zeigt dennoch, dass die Demokratie auf solche Entwicklungen reagieren kann.

In der Schweiz gibt es bis jetzt kein solches Phänomen, dass alte Parteien fast alle Sitze verlieren und neue Bewegungen langfristig Erfolg haben. Dies hat aus meiner Sicht sehr stark damit zu tun, dass die Distanz zwischen der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern in der Schweiz viel kleiner ist.

Das hat auch seine guten Gründe: So haben wir viermal im Jahr die Möglichkeit, Kurskorrekturen bei Abstimmungen vorzunehmen.

Wir können problemlos unsere Volksvertreterinnen und Volksvertreter anschreiben und ihnen unsere Meinung sagen.

Und spazieren Sie doch einmal, wenn gerade Session ist, vor dem Bundeshaus durch. Mit grosser Wahrscheinlichkeit treffen Sie auf Nationalrätinnen, Ständeräte oder sogar Bundesrätinnen.

Speziell Ihnen, liebe Jungbürgerinnen und Jungbürger, möchte ich mit meiner heutigen Rede aufzeigen, dass **Politik Alltag ist und Alltag Politik**. Viele von Ihnen interessieren sich vielleicht noch wenig für Politik. Oder Sie denken das zumindest.

Wir in Bern diskutieren aber nicht nur komplexe Gesetze. Und wir streiten uns nicht nur, wie manchmal in der „Arena“ am Freitagabend zu sehen ist. Nein, wir beschliessen ganz viele Sachen, die auch Sie direkt betreffen:

Zum Beispiel, dass „Jugend und Sport“ auch in Zukunft genügend finanzielle Mittel zur Verfügung hat.

Oder dass die Bildungs- und Forschungsabkommen mit der Europäischen Union weitergeführt werden. Damit auch Sie dereinst einfach in Europa studieren oder arbeiten können.

Oder dass der öffentliche Verkehr ausgebaut wird, damit Sie noch besser von A nach B kommen. Am besten natürlich gleich bis am Abend spät, damit Sie, liebe Jungbürgerinnen und Jungbürger auch nach dem Ausgang sicher wieder nach Hause kommen.

All diese Themen sind durch und durch politisch. Und das alles hat sehr direkt mit Ihrem Alltag zu tun.

Ich bin jetzt seit vier Jahren Nationalrätin und konnte auch bereits einige Dossiers mitprägen. Natürlich gibt es taktische Manöver im Nationalrat. Und bei einigen Vertretern frage ich mich durchaus, ob Sie eine Ahnung von den Problemen, Sorgen und Hoffnungen jener haben, die Sie im Parlament vertreten sollen. Beispielsweise in den Diskussionen über die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und dies gilt übrigens für Männer und Frauen. Hier steht die Schweiz im Vergleich mit anderen europäischen Ländern noch fast im Mittelalter.

Grundsätzlich kann ich nach vier Jahren aber feststellen, dass es die Motivation jeder Politikerin und jedes Politikers ist, sich für *das Beste* einzusetzen – egal welcher Partei wir angehören.

Es gibt einfach sehr verschiedene Ansichten, was denn *das Beste* ist. Einige setzen ihr ganzes Engagement dafür ein, die Schweiz so zu behalten, wie sie ist oder wie sie einmal war. Denen möchte ich mit einem Zitat des österreichischen Lyrikers Erich Fried entgegen: „Wer will, dass die Welt so bleibt wie sie ist, will nicht dass sie bleibt.“

Andere sehen eine starke Schweiz nur realisierbar, wenn wir auch eine möglichst freie Wirtschaft haben.

Und noch andere sehen gerade darin die Gefahr, dass Ungerechtigkeit entsteht.

Es gibt also unterschiedliche Ansichten, was *das Beste* für die Schweiz ist. Aber weil wir Politikerinnen und Politiker aufgrund unseres politischen Systems unter stetiger Beobachtung stehen, ist das Vertrauen in die Politik in der Schweiz noch nicht so angekratzt wie in anderen Ländern.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir uns auf den Lorbeeren ausruhen dürfen. Es ist die Aufgabe der Politik, immer und immer wieder dazu beizutragen, dass das Vertrauen aufrechterhalten bleibt.

Ich habe mir nicht zuletzt darum gemeinsam mit Politikerinnen und Politikern aus anderen Parteien Gedanken dazu gemacht, wie wir das **Vertrauen in die Politik weiter stärken können**. Wir sind zum Schluss gekommen, dass mehr Transparenz ein sinnvolles und notwendiges Mittel ist. Deshalb haben wir die Volksinitiative für mehr Transparenz lanciert.

Wir fordern dabei, dass Grossspenden von über 10'000 Franken an Parteien und Abstimmungskomitees deklariert werden müssen. Wir wollen nichts verbieten. Aber dank mehr Transparenz, wird es besser möglich sein, sich ein Bild zu machen von den politischen Verhältnissen. Und zu sehen, wer hinter welchen politischen Interessen steckt.

Ich will also Traditionen, die mir wichtig sind, pflegen. Wie ich dargelegt habe, sind dies für mich die humanitären Aktivitäten der Schweiz und unser politisches System.

Das Pflegen dieser Traditionen mache ich als junge Frau in der Politik. Dies möchte ich betonen, da diese Feststellung gleich zwei Besonderheiten beinhaltet: als junge Person und als Frau bin ich in der Politik in einer klaren Minderheit.

Nicht einmal ein Drittel der Nationalratsmitglieder ist weiblich. Und mit 32 Jahren gehöre ich immer noch zu den sechs jüngsten Nationalratsmitgliedern. Das Durchschnittsalter liegt aktuell bei 52 Jahren.

Doch das muss nicht so bleiben. Ich rufe Sie deshalb auf, sich doch auch politisch zu engagieren: Die Jungbürgerinnen und Jungbürger, die Frauen, aber auch die Herren. Ob hier in Gampelen im Gemeinderat, im Grossen Rat in Bern oder sogar im National- oder Ständerat. Denn eine wahre Demokratie muss gelebt werden. Unser politisches System beruht nicht zuletzt auf Ihrem Engagement.

Durch Ihr politisches Engagement helfen Sie eine Tradition der Schweiz zu pflegen. Und ich bin mir sicher, dass auch Ihnen gewisse Traditionen am Herzen liegen. Dies zeigen Sie schon alleine durch Ihre Teilnahme an dieser Bundesfeier.

Denn nicht nur ideelle Traditionen sollen gepflegt werden: so werden wir an dieser Feier später auch noch die Hymne gemeinsam singen. Das Erst-August-Feuer anzünden und schliesslich werden wir mit Feuerwerk ein Land feiern, das schon Vieles geleistet hat, das es zu feiern gilt.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen schönen ersten August!